

16.05.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Studierendenwerke vor dem Kollaps bewahren – Chancengleichheit und Studierendenwerke stärken

I. Ausganglage

Studierendenwerke leisten für die Studierenden wichtige Arbeit und bieten Leistungen kostengünstig an. Durch bezahlbaren Wohnraum, vergünstigtes gastronomisches Angebot, Unterstützung bei der Erstellung der BAföG-Anträge oder anderer Problemstellungen im Studierendenleben sowie die Bereitstellung von Kinderbetreuung machen sie für viele Menschen ein Studium überhaupt erst möglich. Denn viele Studierende sind auf derlei Unterstützung dringend angewiesen: DeStatis hat für 2021 deutlich herausgestellt, dass 37,9 Prozent der Studierenden armutsgefährdet waren, leben sie ausschließlich allein oder mit anderen Studierenden zusammenleben, sind sogar 76,1 Prozent armutsgefährdet.

Die Inflation und die Energiekrise machen jedoch auch vor den Studierenden und den Studierendenwerken nicht halt. Für die Studierenden im Land NRW hat sich die Lage bereits durch die Erhöhung der Preise in den studierendenwerkseigenen Gastronomiebetrieben verschlechtert. Die jetzige Situation ist aber nur der Höhepunkt einer jahrelangen Schiefelage.

Der studentische Beitrag zur Finanzierung der Studierendenwerke musste in den letzten Jahren deutlich ansteigen: Die Sozialbeiträge sind von 1994 bis 2022 von 50,50 Euro auf 181,25 Euro gestiegen. Bereinigt man dies von der Inflation, so ist dies immer noch mehr als eine Verdopplung. Die Allgemeinen Studierendenausschüsse der Universitäten des Landes Nordrhein-Westfalen haben sich in ihrer Not an die Landesregierung gewandt und bezeichnen die steigenden Sozialbeiträge als Einführung von Studiengebühren durch die Hintertür.

Die Landesregierungen haben in der Vergangenheit die Finanzierung der Studierendenwerke hingegen eher stiefmütterlich behandelt. Dies schlägt sich nun in einem völligen Ungleichgewicht der Finanzierung der Studierendenwerke nieder. 1994 lag die Finanzierung durch das Land noch über der Finanzierung durch die Studierendenwerke (Land 37,619 Mio. Euro, Studierende 23,5 Mio. Euro.) 2005 zahlten die Studierenden selbst erstmals mehr als das Land, um die Studierendenwerke zu finanzieren (Land 40,66 Mio. Euro, Studierende 40,76 Mio. Euro) 2021 finanzierten die Studierenden die Studierendenwerke mit 107,983 Mio. Euro und das Land mit 44,50 Mio. Euro. Auch wenn der landesseitige Betrag für die Studierendenwerke auf den ersten Blick nach einem Aufwuchs aussieht – inflationsbereinigt handelt es sich faktisch eine um Verringerung um 25 Prozent. Hinzu kommt, dass die Zahl der Studierenden parallel um 30 Prozent gestiegen ist. Somit müssen die Studierendenwerke in Nordrhein-Westfalen mit 25 Prozent weniger eigener Kaufkraft 30 Prozent mehr Studierende versorgen. Die

Datum des Originals: 16.05.2023/Ausgegeben: 16.05.2023

finanzielle Lage der Studierenden verschlechtert sich damit immer weiter. Dies ist nicht hinnehmbar, wenn man überlegt, dass die Studierendenwerke lokal die soziale Betreuung der Studierenden übernehmen und für die Förderung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studenten zuständig sind und dies als Anstalt des öffentlichen Rechts durch Landesgesetze geregelt.

Die Studierendenwerke müssen vor dem Kollaps bewahrt werden. Das Land muss nun endlich wieder seiner Verantwortung gerecht werden und die Lage der Studierenden durch eine stabile Finanzierung der Studierendenwerke verbessern.

II. Der Landtag stellt fest

- Studiengebühren dürfen auch nicht durch die Hintertür eingeführt werden.
- Der Sozialbeitrag für Studierende muss wieder sinken, damit Studieren nicht wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist.
- Studierendenwerke und ihre Angebote machen Studieren für viele Menschen durch die kostengünstigen Angebot erst möglich, sie müssen vom Land stärker unterstützt werden.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf

- den Zuschuss an die Studierendenwerke umgehend auf mindestens 92 Mio. Euro zu erhöhen.
- den Zuschuss an die Studierendenwerke zu dynamisieren und so jährlich zum 1.1. zu überprüfen, damit die Ausgabensteigerungen der Studierendenwerke jährlich abgefedert werden und die Sozialbeiträge nicht mehr erhöht werden müssen, sondern wieder langsam gesenkt werden können.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Jochen Ott
Dr. Bastian Hartmann

und Fraktion